

Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Cicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staudtitz, Threna usw.)

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Stadtrates zu Naunhof.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 12.— mit Austragen, Post einschl. der Postgebühren $\frac{1}{2}$, jährlich Mk. 36.— Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6spaltige Korpuszeile 2.— Mk., auswärts 2.50 Mk. Umfänglicher Teil Mh. 4.—, Rechtszeile Mh. 4.50. Beilagegebühr pro Nummer Mh. 50.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, spätere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Ausrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Vertrauensamt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Gänge & Co., Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 58

Freitag, den 19. Mai 1922

33. Jahrgang

Amtliches.

Freitag, den 19. Mai 1922, mittags 12 Uhr soll im Gasthause „Stadt Leipzig“ in Naunhof

I großer Warenschrauf

gegen Barzahlung meistbietend versteigert werden.

Ort: Naunhof, den 17. Mai 1922.

Q. 1922.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Vandrankenkasse Naunhof.

Sonntag, den 28. Mai 1922, nachmittags 2 Uhr im Ratskeller zu Naunhof

soll eine Ausschussprüfung stattfinden, zu der die Herren Mitglieder des Ausschusses und die Herren Mitglieder des Vorstandes erbenfalls eingeladen werden.

Tagesordnung.

1. Abnahme der Jahresrechnung 1921.
2. Beratung des IX. Satzungsantrags.
3. Vermögensüberweisung für die im Sächsischen Staatsforstbetriebe beschäftigten Arbeiter.
4. Bewilligung eines Beitrags für die Wohlfahrtspflege für 1922 Naunhof, am 16. Mai 1922.

Der Vorsitzende des Vorstandes.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

Die Russen haben in Genua ihr Einverständnis mit den Vorschlägen der Allierten in der russischen Frage unter einigen Vorbehalten erklärt.

De Facto wünscht, daß die Konferenz von Genua vor ihrem Auseinandergehen in einem feierlichen Dokument die Bedingungen für einen europäischen Frieden auf sollder Grundlage ausdrückt.

In den Kreisen des in Paris zusammentretenden Anleiheauschusses wird eine Herabsetzung der deutschen Wiederherstellungsverpflichtungen auf 70—80 Milliarden Goldmark in Erwägung gezogen.

Reichsarbeitsminister Brauns hielt im Reichstag eine Rede über die soziale Gesetzgebung und die Aufgaben seines Ministeriums.

Im besetzten Gebiet werden die Verstärkungen der französischen Truppen fortgesetzt.

Große oder kleine Anleihe?

Die großen wirtschaftlichen Probleme, die heute nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt bewegen, hängen aufs innigste mit der Frage zusammen, auf welche Weise die künftige Regelung der deutschen Verbindlichkeiten, die einen Teil der Weltanschauung darstellen, erfolgen kann. Man beobachtet in dieser Hinsicht bereits eine weitgehende Einmütigkeit der wirtschaftlichen und finanziellen Fachleute der Welt in dem Grundgedanken, daß die Lösung in einer Anleihe der Finanzkräftigen an die Schwachen gesucht werden muß. Aber die Frage, ob eine Anleihe möglich ist, läuft letzten Endes auf die Tragfähigkeit der einzelnen Staaten hinsichtlich ihrer Schulden hinaus, und dieser Punkt wird vorzüglich durch die von der Entente festgesetzte Reparationslast bedingt. Trotzdem ist es notwendig, sich einmal über die Wirkungen einer großen oder einer kleinen Anleihe, unabhängig von der Reparationsfrage, klar zu werden, denn es kommt darauf an, ob für den deutschen Schuldner eine große Anleihe vorteilhafter ist als eine geringe oder umgekehrt. Es gibt in dieser Beziehung für die Wirtschaftlichkeit eine vollkommen feststehende Grenze.

Zu diesem Zusammenhang gilt es nicht zu präzisieren, inwieweit Deutschland für das Auslandskapital trotz der Reparationszahlungsfähigkeit ist. Diese Frage muß gänzlich ausgeschlossen werden. Es fragt sich nur, inwieweit das deutsche Wirtschaftslieben durch eine große oder eine kleine Anleihe ent- oder belastet wird und insoweit einen Kredit überhaupt vertritt. Im allgemeinen kann man sagen, daß eine Anleihe an sich immer ein Übel ist. Aber in unserem Falle ist eine große Anleihe trotz der dadurch bedingten größeren Lasten immer noch das kleinere Übel. Aus der deutschen Wirtschaft sind nun einmal die Reparationslasten nicht herauszubolen. Die Anleihe würde deshalb in jedem Falle eine gewisse Entlastung bedeuten, aber bei dem internationalen Konkurrenzkampf verliert die deutsche Industrie, auf die es ankommt, um so eher den Atem, je weniger eigener Besitz und Kredit die Möglichkeit bieten, den notwendigen Ausgleich zwischen Lebensbedürfnis der menschlichen Arbeitskraft, Ausnutzung und Rentabilität der Maschinen und Weltmarktwert des Produktes anzubahnen. Der schlechte Kursstand der Mark ist nur so lange ein scheinbarer Vorteil aus deutscher Seite, als Inlandsgegenstände und Auslandskurs beträchtliche Spannungen aufweisen. Aber mit elementarer Gewalt treibt die Entwicklung auf eine Anpassung hin, und dabei zeigt sich der Verlust der Substanz, den die scheinbare Industrievorteil während der Zeit der äußeren Marktentwertung zur Folge haben muß. Jede Anleihe, und sei sie noch so gering, verbessert den Auslandskurs der Mark und macht sich insoweit in einem Druck auf die deutsche

Produktion in der Richtung geltend, daß es immer schwerer wird, alle Träger der Produktion in ausreichendem Maße zu ernähren, Kapital sowohl wie Arbeit.

Man hält die industrielle Krise, die bei der Gewährung einer Anleihe zu erwarten steht, für ein unabwehrbares Übel. Das trifft bei einer Anleihe von geringem Umfange, mit der man wahrscheinlich rechnen kann, unbedingt zu. Denn eine solche Anleihe, für die wir etwa 3 bis 4 Goldmilliarden in Ansatz bringen können, deckt eben nur die Barzahlungen für die Reparation in den allerersten Jahren, ohne Deutschland zu gestalten, seiner eigenen Wirtschaft dort nachzuhelfen, wo sich eine akute Gefahr zeigt. Das bedeutet also, daß die Arbeiter, die nicht mehr aus der Produktion ernährt werden können, als Arbeitslose zu Rosengängern des Reiches, also der Allgemeinheit werden müssen, was nur durch eine weitere Inflation gedeckt werden kann. Neue Selbstentwertung und fortschreitende Arbeitslosigkeit sind also die wahrscheinlichsten Folgen einer „kleinen“ Anleihe, mit der allgemein gerechnet werden kann, wenn nicht aus rein wirtschaftlichen Gründen doch im letzten Augenblick noch ein Umkehrung eintritt.

Eine größere Anleihe würde Deutschland gestatten, der Industrie sowie notwendige Inlandsaufträge zu geben, daß sie alle verfügbaren Arbeitskräfte beschäftigen könnte, um damit weiterhin produktive Werte zu schaffen. Unsere Wirtschaft ist seit dem Kriege festgeklammert. Die natürliche Vermehrung des Volkseinkommens, d. h. der gewinnbringenden Anlage von Kapital und Arbeit in produktiven Berufen, ist nur so gering gewesen, daß gegenüber der Vorkriegszeit ein Rückschlag zu verzeichnen ist. Eine große Anleihe, die Deutschland immer erstrebt hat und erstreben muß, würde zur Folge haben, daß über die damit verbundenen Lasten hinaus ein Mehrwert entsteht, der zur Abkürzung der Lasten und zum weiteren Ausbau der deutschen Wirtschaft verwendet werden kann, sie mithin auf die Dauer wertvoller und kreditwürdiger macht. Im geschäftlichen Leben wird es niemand einfallen, den Grundbesitz zu verkaufen, lieber weniger Geld zu riskieren, für das der Verlust wahrscheinlicher ist, als eine höhere Summe zu wagen, bei der eine Verlesung und Amortisation sicher zu erwarten ist. Das gleiche Prinzip gilt auch für die Weltwirtschaft, nur muß man dabei letzten Endes auch den allgemeinen Verlust durch den Krieg in Rechnung stellen, der überhaupt nicht ausgeglichen werden kann.

Inmerhin bleibt für die Anleihefrage der Gesichtspunkt maßgebend, daß Deutschland für einen großen Kredit infolge einer produktiven Verwendung und größerer Wirtschaftlichkeit sicherer ist als für einen geringen, der nur zur Abtragung der Reparation und in Frankreich zu militärischen Rüstungen für machtpolitische Zwecke benutzt wird. Eine kleine Anleihe bedeutet in gewissem Sinne nur ein Hineinschieben wertvoller Wirtschaftskräfte in ein Faß ohne Boden.

Morgans Anleiheplan.

Herabsetzung der Reparationssumme! Ein bekannter City-Banker hat die Vorschläge Morgans folgendermaßen gekennzeichnet:

Zunächst müßte eine Vereinbarung zwischen den Allierten zustande kommen, um den augenblicklichen Reparationsbeitrag auf eine vernünftige Summe herabzusetzen. Zweieinhalb Milliarden Pfund Sterling würden als solche Summe angesehen, wobei noch in Anspruch gebracht werden müßte, was Deutschland bereits gezahlt habe, und was unter Ausschluß des abgetretenen Staatsbesitzes Sir Robert Borne auf 200 Millionen Pfund Sterling veranschlagt habe. Auf dieser Grundlage dürfte Deutschland, wie angenommen werde, in der Lage sein, den Zins- und Amortisationsbeitrag für seine Schulden auszubringen. Wenn Deutschland eine Anleihe erhalte, müßte es bereit sein, Garantien in Gestalt eines Pfandrechts auf die Zölle zu geben, und müße außerdem eine Lebensversicherung, wie z. B. die Eisenbahnen, für die Bezahlung seiner Zinsen bieten und zu gleicher Zeit allmählich den Druck von Papiergeld einwirken.

Dr. Hermes hat in Paris mit dem Vorsitzenden der Reparationskommission Dubois verhandelt und ihm schriftliche Unterlagen über die Beratung der Reparationslasten übergeben, die in der Hauptsache die jetzige Gestaltung des Reichshaushaltsplanes, sowie die Zwangsanleihe betreffen, und die zunächst zu einer allgemeinen Aussprache führten. In den nächsten Tagen werden die Einzelbesprechungen mit den Delegierten fortgesetzt werden.

Die Russen nehmen an.

Sonabend Schlusssitzung in Genua? Tschitscherin hat jetzt die Antwort der russischen Kommission auf die Vorschläge der einladenden Mächte mitgeteilt, und zwar nimmt die Sowjetdelegation diese Vorschläge an, sie brachte aber einige Abänderungsanträge ein, die nicht von einschneidender Bedeutung zu sein scheinen. Abgesehen davon, daß den Russen der Haug als Konferenzort nicht genehm ist (sie würden Stockholm oder Wien vorziehen), wollen sie namentlich eine genauere Fassung des Waffenstillstandsabkommens in dem Sinne haben, daß auch die mit Moskau verbündeten Sowjetrepubliken gegen feindliche Angriffe geschützt werden, und daß die Nachbarstaaten entwaffnet

werden, die zum Einfall in Rußland bereitstehen. Dieser russischen Forderung steht

die amerikanische Abgabe

in der Frage der Haager Konferenz gegenüber. Die amerikanische Regierung glaubt nicht, daß sie in ersprießlicher Weise an der Haager Konferenz teilnehmen kann, da diese Konferenz offenbar eine Fortsetzung der Genua-Konferenz unter anderem Namen sein würde. Die Amerikaner erklären jedoch, daß sie allen Vorschlägen, die von der Genua-Konferenz oder einer späteren Konferenz ausgehen würden, ernsteste Beachtung schenken wollen. Daran schloß sich besonders die Engländer die Hoffnung, daß man sich in Washington doch noch anders besinnen wird. Sogar Poincaré hat geäußert, daß Amerikas Antwort scheinbar auf einem Mißverständnis beruhe und deshalb nicht als letzte Wort der Vereinigten Staaten zu betrachten sei, und daß Frankreich an den Beratungen im Haag teilzunehmen gedenke, falls das Parlament damit einverstanden ist. Schanzer wird wahrscheinlich eine zweite Note nach Washington abgeben. Bei einer Besprechung über den Abschluß der Konferenz hat man zunächst von einer Festsetzung des Tages für die letzte Plenarsitzung abgesehen. Im allgemeinen rechnet man mit dem Sonnabend als dem Schlußtage der Konferenz.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Reform des Rechtsstudiums.

In der Frage der Reform des Rechtsstudiums liegt dem Reichsministerium ein Vorschlag vor, der die Studierenden auf Ferienpraxis verweist. Das dreijährige theoretische Studium wird, wie bisher, mit der ersten Staatsprüfung abgeschlossen, auf die der praktische Vorbereitungsdienst folgt. Den Referendaren soll dann im dritten Jahre des Vorbereitungsdienstes Gelegenheit zu einem Nachstudium an der Universität gegeben werden, das auf den Vorbereitungsdienst angerechnet werden soll, und dessen Erfolg im zweiten Staatsexamen nachzuweisen ist.

DA. Regierungsentwurf über politische Morde.

Der Reichsjustizminister Radbruch hat schon im Dezember vorigen Jahres im Reichstage eine Mitteilung über die politischen Morde angekündigt. Die deutsche Liga für Menschenrechte hat sich daraufhin kürzlich überzeugen können, daß Vorarbeiten für die Denkschrift bereits vorliegen. Man wird also mit dem Erscheinen in einigen Monaten rechnen können. Es soll der Gang des strafrechtlichen Verfahrens in den einzelnen Fällen geschildert werden.

Die neuen Stattertarife.

Die neuerliche Steigerung der Materialpreise und persönlichen Ausgaben der Reichsbahn nötigen dazu, bereits am 1. Juni die Güter-, Tier- und Expressgütertarife um 25 Prozent zu erhöhen. Die Verteuerungsziffer aller von der Eisenbahn gebrauchten Stoffe hat sich von 80 im Monat April auf 92 im Monat Mai erhöht. Die sächsischen Ausgaben der Reichsbahn steigern sich dadurch um rund 7 Milliarden. Dazu kommt vom 1. Mai ab die Erhöhung der Besätze der Beamten und Arbeiter um rund 12 Milliarden, so daß für das Rechnungsjahr 1922 rund 19 Milliarden zu bedenken sind. Von einer Erhöhung der Tarife im Personen- und Gepäckverkehr soll bis auf weiteres Abstand genommen werden.

Ein Reichsbund der Eisenbahnvorsteher und Sekretäre

Er ist vor einigen Tagen in Berlin gegründet worden. Er will die Tradition des ehemaligen Eisenbahnassistentenverbandes wieder aufleben lassen und pflegen. Diese Ordnung wird von den beteiligten Kreisen als eine Folge der Überspannung des Gewerkschaftsgebankens durch die Eisenbahn-Reichsbahn-Gewerkschaft bezeichnet, die zum Streik führte.

Die Kohlenfrage im Preussischen Landtag.

Die Beratung des Berg-, Hütten- und Salinenetats im Preussischen Landtag führte erneut zu einer Debatte über die Kohlenfrage, an der sich Redner sämtlicher Parteien beteiligten. U. a. wurde betont, daß sich die Leistungen der Bergarbeiter wieder erheblich gesteigert haben. Der Handelsminister Siering stellte eine Abereinbarung aller Parteien in dem Wunsch nach schneller Umstellung der Wirtschaftsform der Staatsbergwerke fest. Er werde alles tun, um dieses große Werk möglichst zu fördern.

Frankreich.

X Weniger Militär, weniger Beamte? Der französische Finanzminister Lohre hat den Haushaltsentwurf für 1923 in der Kammer verteilten lassen. Das Budget sieht Ausgaben in Höhe von 23 180 Millionen, dagegen nur 18 060 Millionen ordentliche und 1225 Millionen außerordentliche Einnahmen vor, so daß ein Fehlbetrag von 3900 Millionen entsteht, der durch Anleihen gedeckt werden soll. Der Fehlbetrag rührt größtenteils von dem Defizit des Sonderbudgets der von Deutschland zu erstattenden Ausgaben her. Der Minister wies auf die Abnahme der Militärausgaben hin, die im Jahre 1918 mit 36 100 Millionen, dieses Jahr nur mit 4910 Millionen eingelegt

Winkler
Lieben.
Uhr stalt.

Winkler
Lieben.

heute plög-
Vater, Groß-
Hausbesitzer

Sie schon
Leser des
Buch-
Romans?

Preis
Dito Konrad.

von Sommerlich-
a. d. Exp. ds. Bl.

laschen

erg.

immer

von Sommerlich-
a. d. Exp. ds. Bl.

rat. Gold
. Gold
gg. Gold
. o. Gold
390.— 400.—
490.— 750.—
Daelber Zabal
leicht

M. Glaser
Telefon 23918

TEN

und schmerzlos
herauchen
Schwelen, Wurzeln
Drogenen erhältlich